

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimaliger
Anstellung 1.20 Mark, vierteljährlich
3.60 Mark, durch die Post 5.00 Mark
ausgeschlossen Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im amt-
lichen Zeitungs-Verzeichnis unter
„Halle-Zeitung“ eingetragen. Für an-
wesenheit eines eigenen Abonnenten
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenangabe
„Halle-Zeitung“ gestattet.
Gemeinliche Expedition Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Halle-Beitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 332.

Halle, Mittwoch, den 18. Juli

1917.

Höhen östlich von Nowica genommen.

Was nun?

Es wäre ein merkwürdiges Fazit der Kanzlerkrisis, wenn Herr Dr. Michaelis, wie Politiker und Journalisten jetzt wissen wollen, am Donnerstag mit unbestimmten, allgemeinen Erklärungen über Kriegsziele und Verfallungsregeln an die Öffentlichkeit treten würde. Sollte das beabsichtigt sein und man dann, wie beschloßen, den Reichstag bis zum 20. September vertagen, dann wäre die Situation nicht besser, sondern weit schlimmer geworden als vorher, dann wäre es sicher weit richtiger gewesen, Herr v. Bethmann hätte die Geschäfte des Reiches weiter geführt. Denn — waren wir auch von der ägernden Art des fünften Kanzlers nicht erbaut — so können wir doch in der inneren wie in der äußeren Politik fest Ziel und Richtung. Die kennen wir bei Herrn Dr. Michaelis nicht. Wenn er wirbt, dann wird man im Inland und Ausland lieber nicht befragt sein und keine Partei gewinnen. Weder die Mehrheit noch die Minderheit wird befrachtet sein und nun vertrauensvoll mit dem neuen Kanzler arbeiten. Daß die Wirkung einer Friedenszielklärung, wie sie die Mehrheitsparteien beschloßen haben, auf das Ausland nicht groß sein wird, zeigt bereits das Echo der Auslandspresse, zeigen auch zuverlässige Nachrichten aus uns wichtigen neutralen Ländern. Man faßt wie wir vorausgehen — diese Erklärung, noch ehe sie abgegeben worden ist, als Zeichen der Schwäche auf. Ihre Wirkung muß aber gänzlich verfallen, wenn Dr. Michaelis eine indifferente Regierungserklärung dazu abgibt.

Wir haben auch gesehen, daß man schon jetzt den Kanzlerwechsel im Sinne eines Gegenstückes zwischen Volk und Regierung in den uns feindlichen Ländern zu deuten unternimmt. Wenn der Reichstag eine nichtjüngende Erklärung eingekommen, dann wird man diese Taktik in der feindlichen Presse erst recht mit Erfolg fortsetzen können und damit dort die Beharrlichkeit stärken. Das läßt erkennen, wie gefährlich jetzt alle Halbtöne sein können. Die Schonzeit, die man in ruhigen Zeiten einem neuen Mann auf neuem Posten ohne weiteres zugehen kann, ist jetzt nicht am Platze. Aber jetzt den Kanzlerposten übernehmen, mußte wissen, was er wollte; mußte mit einem festen außen- und innenpolitischen Programm vor die Öffentlichkeit treten. Und er mußte in beiden Fragen eine feste Mehrheit hinter sich haben, auch die Mitarbeiter gewählt haben, die auf Grund seines Programms mit ihm zusammen arbeiten wollen. Es macht noch innen und außen den übelsten Eindruck, wenn gar nicht seine Partei weiß, was sie von dem neuen Kanzler zu erwarten hat, und es macht den übelsten Eindruck, wenn man jetzt nach keinen Mitarbeitern sucht, in der Öffentlichkeit heranzieht, Kritik an den Genannten übt und nicht zum Ziel kommt. Es geht doch nicht an, daß man diese Mitarbeiter nur als Bureaukraten ansieht, die ein ihrer überwiegenes Pensum zu erledigen haben, gleichgültig, wie sie selbst darüber denken.

Alle diese Unklarheiten aber ermahnen uns der Zweckmäßigkeit des Schiens bei uns. Man lehnt in der nationalliberalen Partei und anscheinend jetzt auch im Zentrum den Übergang zum parlamentarischen System ab. Die „Germania“ schreibt in Uebereinstimmung mit Ausführungen der „Kölnischen Zeitung“:

Wir können uns eigentlich nicht gut vorstellen, der „Vorwärts“ habe alles Entschlossen, das parlamentarische Regierungssystem, d. h. die volle Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, die in einer solchen vorherigen Zustimmung liegen würde, werde unserer Demokratie in diesen Tagen wie eine reife Frucht in den Schoß fallen, denn für dieses Regierungssystem ist im Reichstag selbst nicht einmal eine Mehrheit vorhanden. Die Rechte lehnt nicht entschieden ab, als eine solche Veränderung unserer politischen Zustände. Die Nationalliberalen haben noch vor zwei Tagen erneut durch die parlamentarische „Nationalist. Anz.“ erklären lassen, daß sie die engere Führungsnahme zwischen Regierung und Parlament sich anders denken. Und für das Zentrum haben wir immer wieder betont, daß es an eine Einführung des parlamentarischen Regimes nicht denkt, eine Auslegung der Bestimmungen der Präktion, die durch die Zulassung amgehenden Zentrumstreifen in unserem Abendblatt vollinhaltlich bekräftigt worden ist. Das Zentrum wünscht die Verzung von Parlamentarismus in der Regierung in dem Sinne, daß ein würdiger Mann nicht durch von der Regierung ausgeschlossen bleiben soll, weil er Parlamentarier ist. Auf diesen Boden wird sich abwärts unter den augenblicklich gegebenen Verhältnissen selbst nach demokratischen Grundgesetzen, auf die Regierung des Herrn Dr. Michaelis zu stellen haben.

Diesem, die immer noch die Parlamentarisierung ablehnen, machen sich anheimelnde die Konsequenzen nicht klar. Sie glauben, daß sich neben der Betonung des Volkes

Amthlicher Bericht der Heeresleitung.

WFB. Großes Hauptquartier, 18. Juli.

Westlicher Kriegshauppl. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Der Artilleriekampf in Flandern war an der Rüste hart; von der Seite bis zur Dps hat er sich gegen die Vortage erheblich gesteigert.

Zwischen Solbelle und Warneton sind englische Erkundungsvorläufe im Aufstump abgeschlagen worden. Am La Bassée-Kanal, bei Voos und Lens, sowie auf beiden Ufern der Scarpe war das Feuer in den Abendstunden lebhaft. Bei Einbruch der Dunkelheit griffen die Engländer nördlich der Scarpe — Cambrai an; sie wurden bis auf eine schmale Einbuschelle westlich des Bois-du-Beret zurückgeworfen. Heute morgen wurde ein englisches Bataillon, das nördlich Fresnoy vorging, durch Feuer vertrieben.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Längs der Wiese und in der Champagne blieb bei trübem Wetter die Feuerstätigkeit meist gering.

Auf den linken Maasser wurde tagsüber gekämpft. Nach beschuldiger stärkerer Artilleriewirkung griffen die Franzosen in 5 km. Breite vom Avocourt-Walde bis zum Grunde westlich des Toten Mannes an. An der Südküste des Waldes von Malancourt und Heberfelds der Straße Malancourt — Eones drangen sie nach erhöhtem Kampf in die von uns kürzlich hart gewonnenen Gräben; in diesen sind sie zurückgeworfen worden. In abends erneut nordwärtigem Ansturm wurde der Feind seinen Gemüts zu erweichen; dieser Angriff brach ohne Erfolg ab.

Deftlich der Maas war das Feuer lebhafter als sonst. Heeresgruppe Herzog Albrecht. Keine wesentlichen Ereignisse.

Westlicher Kriegshauppl. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Erhöhte Gefechtsstätigkeit herrschte bei Riga sowie südlich von Dünaburg und Smorgon.

In Dvigajen war das Feuer bei Vorgegang hart. Im Karapach wurden sie zurückgeworfen. Die von den Russen jäh verteidigten Höhen östlich von Nowica und wiesen in den erreichten Stellungen russische Gegenangriffe ab.

Auch an anderen Stellen der Donnic-Linie wurden die Russen in östlichen Kämpfen zurückgedrängt.

An der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madenjen ist ein allmähliches Anhalten der Feuerstätigkeit, besonders an beiden Seiten des Siska-Tales und längs Putna und Sereth, bemerkbar.

Mazedonische Front. Nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Wieder 23000 Tonnen.

Berlin, 18. Juli. Amthlich.

Neue U-Boots-Erfolge im Englischen Kanal. 23 000 Britische Regier-Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich drei bewaffnete tief geladene Dampfer von denen einer Munition geladen hatte und in 5 Sekunden nach dem Torpedotreffer in die Luft stieg, ferner ein bewaffneter tiefgeladener großer Landdampfer, der aus einem kurz geschwunden Geleitschiff herangeschossen wurde.

Der Stief des Admirals des Matins.

WFB. Bern, 17. Juli. „Progrès de Nov“ meldet aus Toulon: 19 Ueberlebende der belgischen Dampfers „Chaire“ (1157 Br. Reg.-T.), der am 12. Juli 250 Weilen vor Bone von einem deutschen U-Boot versenkt wurde, trafen in Toulon ein. Der Dampfer war von Saloniki nach Marseille mit Eisenerz unterwegs. Die Besatzung war griechischer, der Kapitän und der zweite Offizier belgischer Nationalität. An Bord befanden sich ferner französische Matrosen zur Bedienung der Geschütze sowie einige Passagiere. Das Schiff versank in 30 Sekunden. Die Rettung war sehr schwierig. 26 Personen sind umgekommen.

WFB. Amsterdam, 17. Juli. Die Niederl. Tel.-Agentur meldet aus Amstuden: Der holländische Schoner „Zimo“ wurde auf der Reise von London nach Rotterdam versenkt. T. U. Amsterdam, 17. Juli. Also Terhelling wird gemeldet: Der deutsche Dampfer „Wagaria“, beladen mit Reis von Rotterdam nach Geste, ist heute morgen bei Geste gestrandet, aber durch das Rettungsboot „Vranbanis“ wieder flott gemacht worden. Der Dampfer hat seine Reise fortgesetzt.

Anzeigen

werden die 66gpalatte Sonntagszeitung über deren Raum mit 30 Tg. bezogen und an unsere Annahmestellen und allen Anzeigen-Verhältnissen angenommen. Reklamen die Seite 1 Nr. 1. Schluß der Anzeigenannahme: Sonntags 11 Uhr, für die Sonntagsnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint täglich zweimal Sonntags einmal. Expedition und Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Dr. Bauhausstraße 17. Neben-Verkaufsstelle Markt Nr. 24.

willens in einzelnen Fragen immer noch eine „Obriegsregierung“ halten läßt. Das aber ist ein fundamentaler Irrtum. Wenn Volkswille und Regierungswille sich nicht decken, wird sich heute schon eine Regierung in Deutschland nicht mehr halten können. Das Parlament kann also jede Regierung, die sich mit seiner Mehrheit in Widerspruch setzt, fürzen. Das aber ist doch wirklich nicht die Aufgabe und der Zweck einer Volksvertretung, sondern die Arbeit am Staatsganzen. Diesen Zweck aber kann man nicht durch Negation, sondern nur durch positive Mittel erreichen. Gewiß, eine Mehrheit, die sich für eine bestimmte Einzelerforderung einsetzt, kann die Regierung immer wieder fürzen, bis sich ein Staatsmann findet, der die Forderung durchführt. Aber dann müssen in jeder Eingestrigte Regierungsgestaltung mitgehen. Man wird diese Kräfte auch nicht durch die Aufnahme eines oder des anderen hervorragenden Parlamentarieres vermindern, denn er wird in einem Kabinett bedeutungslos bleiben, dessen Berufung und Verbleiben im Amt nicht von der Befundung des Volkswillens abhängt. Nur wenn man der Reichstagsmehrheit die volle Verantwortung für die Regierungsbildung überträgt, wird sie zu positiver Arbeit gezwungen.

Auslandsstimmen zum Kanzlerwechsel.

Sofia, 17. Juli. (Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Die Wähler würden dem Wechsel im deutschen Reichstagskabinett ausföhrliche Besprechung, wobei sie eben Bedauern über das Scheitern v. Bethmann Hollwegs Ausdruck geben. Sie heben gleichzeitig die hohen Fähigkeiten und Verdienste des neuen Reichstanzlers hervor, dessen Programm darin bestche, die nationale Energie zu steigern, damit der Kampf mit erneuter Kraft bis zum glücklichen Ende weitergeführt werden könne. Die Wähler betonen, daß die Persönlichkeit des Reichstanzlers und seiner Mitarbeiter eine untergeordnete Rolle spiele, daß es sich in Wahrheit um den tieferen Umwörung handle, bezüglich dessen das kaiserliche Handschreiben betreffend die Wahlreform in Preußen klar die Richtung angebe, in der die inneren Angelegenheiten Deutschlands ihren Weg nehmen.

Bonn, 17. Juli. „Reich Journal“ sagt: Der Kaiser kann ermitteln, wenn er will, das Schicksal hängt aber nicht von ihm, seinen Prinzipien und den Heerführern ab, sondern von der Entente.

Nach vor Eintreffen der Nachricht von der Ernennung Dr. Michaelis schreibt „Echo de Paris“, nur das Gefühl des Sieges könnte die Einigung zwischen Regierung und Volk in Deutschland wiederherstellen. Deutschland aber sei von Zweifeln befallen. Bethmann sei durch Konzeptionen vom parlamentarischen Gesichtspunkte aus im Begriffe gewesen, das Bestehen der deutschen Zweifel amtlich zuzugeben. Daher rühre der Ursprung der militärischen, konservativen, alldeutschen Reaktion.

Es sei fast wahrscheinlich, daß Hindenburg und Ludendorff das Vertrauen bei den Reichstagsabgeordneten wiederherstellen könnten. Deutschland zünde, und wenn es Hindenburg und seinen Ratshüligen kein Folge, werde es aus dem Reichslands ins Verzugwehen fallen. Die moralische Einigkeit Deutschlands sei gefährdet.

Excelstor erklärt, die Konservativen und die Unversöhnlichen haben die Reaktion versucht. Bemerkenswert sei, daß die erste Nachricht vom dem Rücktritt Bethmanns in einem reaktionären Blatt erschienen sei.

In der „Humanität“ sagt Renaudel, es sei offensichtlich, daß man in Deutschland die Hoffnung auf einen militärischen Sieg verloren habe.

„Journal du Peuple“ erklärt, das deutsche Volk wolle Formen und Frieden. Die Liberalen und Sozialisten hätten große Verantwortlichkeit an der Krise, die sie hervorgerufen hätten. Sie sollten abtreten, es genüge nicht, den Mann zu wechseln, man müsse die Politik wechseln.

Bern, 16. Juli. Barenne erklärt in „Le Cour“: Bethmann Hollweg war ein Kriegsfanzler. Er muß in dem Augenblick gehen, wo Deutschland den Frieden braucht. Was macht dabei, daß er von der ganzen Wunde der Finster nicht mehr den genügenden Kredit, um den Kaiser gegen die Forderungen seines Volkes zu schützen. Gegenüber dem Ausland konnte er Deutschland gegen die von der ganzen Welt erhobenen Anklagen nicht mehr verteidigen. Wer sich in seinen Platz setzt, wird oft das Schicksal seines Vorgängers beneiden.

Barenne erklärt, eines sei sicher: Deutschland stehe am Vorabend des Bankrotts und suche einen Kontursverwalter. Frankreich könne sich freuen über das, was in Berlin vorgehe.

Die Kandidaten.

Als die Berufung Dr. Michaels' auf den Posten des Reichsanwalters bekannt wurde, hielt man es für selbstverständlich, daß die Ernennung des neuen Staatssekretärs des Innwärtigen unmittelbar folgen werde. Man glaubte auch seinen Namen zu wissen: denn als Nachfolger Zimmermanns wurde Graf Brodowski-Mantau, bisher Gelehrter in Kopenhagen, mit großer Sicherheit genannt. Man wußte und weiß nicht viel von ihm; aber an solche Erscheinung verfehlter Wälder sind wir gewöhnt. Da kam, noch überraschender, die Nachricht, daß die Kandidatur des Grafen ausfalle. Der Reichstag, dessen Mehrheitsparteien gerade anfangen, theoretisch nachzudenken, weshalb sie eigennein . . . theoretischen Frage: Wen sollen wir uns für den Kanzler halten? haben sich vor einer als Auswärtigen mündigen? Der Streit über die Nachfolge Zimmermanns hat insofern eine gewisse Tragik, als wieder Meinung noch Ablehnung der Parteien am Ergebnis vermutlich etwas ändern wird. Das ganze erinnert ein wenig an die Identischen sogenannten Veshallen-Wahlen, die nach politischen Gesichtspunkten vorgenommen werden, obwohl gerade die Politik auch die Auswärtigen des Reichstages sorgsam seinen Einfluß haben soll. Man dachte Verneinung und Dinge. Den einen empfahlen seine Freunde mit dem Hinweis auf amerikanische Sympathien, dem anderen warfen seine Gegner vor, seine russische Vergangenheit sei antirussisch, behaftet. Außerhalb dieses seltsamen Streites aber glaubte die Mehrzahl der Beurteiler beiden Herren Tischfleisch, Vertrautheit mit dem Ausland, Selbstständigkeit des politischen Denkens und wissenschaftliche Eigenschaften des Charakters nachrücken zu können.

Soweit war es, als plötzlich die Kandidatur eines Totgegangenen an die erste Stelle rückte. Herr Helfferich, ehemaliger Finanzsekretär, bisheriger Staatssekretär des deutschen und Zukunftsminister des eigenen Innern wird uns als Zimmermanns Nachfolger genannt. Man kann wohl nicht leugnen, daß bei Nennung dieses Mannes durch das deutsche Volk sofort nicht ganz bezichtigt hat, ein tiefes Erschrecken geföhrt. Herr Helfferich war ein tüchtiger Kenner der Wirtschaftspraxis; ein Politiker ist er schon darum nicht, weil er es niemals hat — sein wollen. Ein Bürokrat aus eigener Wahl, selbst heimliche Geschäftigkeit sich jedem wirtschaftlichen oder bürgerlichen Willenszug bewährter Einrichtungen anpaßt; ein zum Emporsteigen entschlossener bei dem Reichstag die ihm z. B. behandelte. Als Staatssekretär des Reichsfinanzamtes hat Helfferich nach innen eine Steuerreform eingebracht, die durch ihre Zwecklosigkeit verurteilt und von der nicht allzu viel übrig blieb — dafür stellte er nach außen hin Förderungen in einer Form, die jedes Vernehmen mit den Gegnern unnötig erschweren würde. Seine Ruf als statischer Sachmann setzte er in beschränkter Voraussetzungen aufs Spiel. Was kam das Reich von ihm, der weder ein „Stärker“ nach ein Verhandlungsgeschickter ist, erwarten?

Der Kanzler und die Kriegszielresolution.

Die „Frankf. Ztg.“ läßt sich aus Berlin berichten: Gegenüber der sich geltend machenden Verlegenheit gewisser unentschlossener Kreise, den Reichstag in den Kriegszielfragen von einer klaren Stellungnahme abzurängen und sich mit einer allgemeinen Zustimmung nach der Rede des neuen Reichsanwalters zu begnügen, ist es nichtig festzustellen, daß die Führer der Mehrheitsparteien nach wie vor entschlossen sind, im Anschluß an die Rede des Reichsanwalters Dr. Michaels' und die politische Debatte die von ihnen vereinbarte Kriegszielresolution zur Zustimmung zu bringen. Wenn bei den Mehrheitsparteien auch angenommen wird, daß sich die Ausführungen des Reichsanwalters dem Sinne nach mit den Forderungen der Mehrheitsparteien decken werden, so halten sie es doch für unumgänglich notwendig, daß auch das deutsche Volk durch eine Wortretung klar und deutlich zu erkennen gibt, wie es zu der Kriegszielfrage steht.

Berlin, 17. Juli. (Priv.-Tel.) Bemerkenswert ist eine Aeußerung der „Germania“ über die Kriegszielresolution, in der es heißt:

Die von den Parteien der Mitte und der Linken vereinbarte Entschlossenheit ist am Spätnachmittag des Samstag durch das offizielle Wärfische Telegrammbureau bekanntgegeben worden. Daraus darf man wohl den Schluß ziehen, daß in dieser Angelegenheit eine Einigung zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit, der hier bekanntlich die ganze Linke im Gegensatz zur Rechten gehört, erzielt ist. Herr Dr. Michaels' muß sich demnach bereit gefunden haben, auf den Boden dieser Erklärung zu treten, wie das Herr v. Bethmann-Hollweg auch bereit zu tun gewiesen war. Seine Versprechung mit den Fraktionsvertretern der Rechten, die erst am Sonntag stattfinden, konnten demnach in dieser Beziehung nur von einer vollendeten Tatsache ausgehen, und es dürfte sich höchstens darum gehandelt haben, ob nicht doch wenigstens ein Teil der Rechten unter den veränderten Verhältnissen für einen größeren Entgegenkommen bereithalten lassen würde. Ob und wie weit das gelungen sein wird, läßt sich vielleicht erst am Tage der Entscheidung in der Reichstags-Sitzung erkennen, in der die Mehrheitsentschließung über Deutschlands Kriegsziele zur Erörterung und Zustimmung gelangen wird.

Das Zentrumsgremium schließlich, die beiden Karthagen, die nach Bethmanns Widerruf zu lösen bleiben, die der Kriegszielresolution und der engeren Fälligkeit zwischen Regierung und Partei müssen erfüllt geföhrt sein, bevor sich der neue Herr darüber werde schlichtig machen können, wie weit noch persönliche Aenderungen in den höchsten Kreisen des Reiches angebracht und notwendig erscheinen. Man mußte auch zugeben, daß das Moment der Einarbeitung des neuen Kanzlers in die laufenden Geschäfte, denen es doch bisher als pressenrechtlicher Kommissar für das Ernährungsministerium ferngeblieben habe, bei den Personalvereinbarungen Berücksichtigung verdienen.

Tripf gegen die Friedensziel-Erweiterung.

Wie der „Deutsche Kurier“ meldet, hat Großambal b. Tripf an den Führer der nationalliberalen Partei, Reichstagsabgeordneten Wassermann, die folgende Drahtung gerichtet:

Zu meiner Freude ersehe ich aus den Zeitungen, daß die nationalliberale Partei, getreu ihren Exaltationen, die Friedensresolution ablehnt, die nach innen und außen verberlich und tatsächlich selbst dann verkehrt ist, wenn wir einen entschließungslosen Frieden erleben müßten; gerade dann müßten wir umgekehrt verfahren. Wir brauchen einen solchen Frieden aber durchaus nicht zu erstreben und dürfen es nicht, sondern müssen uns zu der Zuerstigkeit halten, die in den Aeußerungen des Feldmarschalls v. Hindenburg zum Ausdruck gelangt ist. Weder vorhergehende Verhandlungen der Ernährungsfragen noch Sorgen für später in dieser Beziehung dürfen uns jetzt veranlassen, die Herzen zu verlieren und nach einem Frieden zu greifen, der unsere Zukunft und ganz besonders die unserer Arbeiterklasse gefährdet. Denn die unbeeirrte zähe Fortführung des U-Boot-Krieges wird uns zwar nicht heute oder morgen, aber sicher und rechtzeitig den Erfolg bringen.

Im Andenken an unsere langjährige gemeinsame Arbeit für die dem deutschen Volk durch seinen Kaiser gemessenen Ziele richte ich an Sie, verehrter Herr Wassermann, den Appell, alles aufzugeben, um die Resolution zu verhindern. v. Tripf.

Die Friedensentschließung

Ist jetzt von den sogenannten Mehrheitsparteien im Reichstages unter dem 17. Juli eingebracht worden und liegt nunmehr auch unter Nr. 993 der Drucksachen gedruckt vor. Sie ist als Resolution zur zweiten Beratung des Reichstages über die Kriegsziele gestellt. Ihr Wortlaut ist unseren Lesern aus der Wiedergabe in unserer Sonntagsausgabe bekannt. Die Entschließung dessen folgende 15 Abgeordnete mit ihrem Namen; von den Sozialdemokraten Dr. David, Ebert, Wolfenbutter, Seidelmann und Dr. Süßmann, von der Fortschrittlichen Volkspartei Fischel, Gothein, Hausmann, Dr. Müller (Weingarten) und v. Fager und vom Zentrum Erbeberger, Seidenbach, Haus (Elsass-Vorbrüggen-Zentrumsgruppe), Dr. Wanger (Kaufbeuren) und Müller (Guda). Es sind an der Einbringung also nur Mitglieder der 8 Fraktionen der Sozialdemokraten (1 Sitzung), 8 Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums beteiligt, von Mitgliedern der deutschen Partei und den Nationalliberalen niemand. Ob von den drei genannten Parteien sämtliche Mitglieder geschlossen auf den Boden dieser Entschließung treten, erscheint noch keineswegs sicher. Nach der Fraktionsliste vom 24. Februar würden es bei Fraktionsumfang 89 Sozialdemokraten, 4 Volksparteier, 91 Zentrumsmänner und vielleicht die sechs Mitglieder des elässigen Zentrums sein, zusammen also 221 Reichstoten. Ob diese kleine Mehrheit aus anderen Parteien, zum Beispiel der Mittel- und Vorbrüggen-Zentrum, vorkommen es so, als ob selbst die 18 Voten und die 2 Votierungen sich nicht für diese Resolution begeistern, allerdings wohl nicht aus den gleichen Gründen wie die verbleibenden Parteien. Zu den 21 wurde vermutlich der Reichstagspräsident Dr. Kaempf hinzukommen, der als Präsident nach altem Brauch aus seiner Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei, ausgetreten ist. Ob auch der Däne Hansen, dessen nach Berlin kommen würde, steht dahin; ebenso ist es mit dem Christlich-sozialen Arbeiterführer Behrens. Enggültig beschließen die Fraktionen am Donnerstag vormittag vor der Plenarsitzung über ihre Stellungnahme und die Behandlung der Resolution.

Die Friedensresolution wird am Donnerstag eingebracht.

Berlin, 18. Juli. Wie das „S. T.“ meldet, habe der Verhandlungsausschuß der Mehrheitspartei des Reichstages nach einer neuen Beratung am Dienstag mittag einstimmig beschlossen, die Resolution einzubringen. — Nach dem „S. T.“ sei ein einstimmiger Beschluß der Parteien über die Zustimmung zur Resolution und die Behandlung derselben erst am Donnerstag vormittag zu erwarten. — Nach der „Voll. Ztg.“ würden die Reichstagsparteien, die sich auf die Friedensresolution geeinigt haben, unbekannt der Haltung des neuen Reichsanwalters, vorläufig darauf bestehen, daß über die Resolution schon am Donnerstag abgestimmt würde.

Der Hauptauschuß und der Verfassungsausschuß des Reichstages

werden im jetzigen Tagungsabschnitt keine Sitzung mehr abhalten. Der Hauptauschuß hält es nach dem Kanzlerbescheid nicht für opportun, mit dem neuen Reichsanwalters hinter verschlossenen Türen zu verhandeln, sondern für richtig, daß der Reichsanwalters zunächst in der Öffentlichkeit sein Programm entwickelt, was ja am Donnerstag geschehen wird. Der Verfassungsausschuß hat überdies das Recht, jederzeit, auch während der Vertagung zusammenzutreten und wird nach diesem Rechte, wenn die Notwendigkeit vorliegt, Gebrauch machen. Man ist im Verfassungsausschuß übereingekommen, sich auch für die Zustimmung zur Resolution und die Behandlung derselben, jederzeit präsent zu halten.

Im Verfassungsausschuß müssen, da durch den Wahlrechtserlaß die geplante Rundgebung des Ausschusses in bezug auf das Wahlrecht in den Bundesstaaten in der Hauptfrage gegenstandslos geworden ist, neue Arbeiten vorbereitet werden. Eine Subkommission des Verfassungsausschusses wird deshalb für die neuen Reichstagsstapung im September, die für die Umgestaltung der Reichsverfassung notwendigen Vorarbeiten erledigen. Die Frage der Verfassungsreform muß in der Einnahme bleiben, so daß der Reichstag spätestens beim Wiederzusammentritt in dieser Beziehung eine gewisse Bahn vor sich sieht.

Von der Westfront.

200 000 Mann englische Verluste.

Dem „Britische Tagesanzeiger“ wird der „Südbösischen Korrespondenz“ zufolge gemeldet: Die Kämpfe während der Monate Mai und Juni haben der englischen Armee die Verluste von 200 000 Mann zugeführt.

Die Opfer der französischen Armee während derselben Zeit sind nicht festzustellen. Sie wurden in der Kammer als 100 000 bezichtigt und waren die Ursachen zur Krisis der letzten Zeit.

Der Vorsitzende des Rekrutierungsamtes Munitionsarbeiter?

Am 17. Juli. Als Beweis für die ungeschickte Geschäftsführung des Rekrutierungsamtes wurde im Unterhauses die Taktik angegriffen, daß der Vorsitzende des Amtsbaules am 2. Juli amtlich angefordert wurde, sich zu melden, um seine Befähigung als Munitionsarbeiter mit einer Besoldung von 4 Schilling täglich anzutreten.

Die Zwecklosigkeit eines deutschen Friedensangebots vor Deutschlands Vernichtung.

Das Blatt „Lloyd Georges“, „Ball Wall Gazette“, schreibt am 9. Juli: Wenn wir die Lage recht bedenken, so will Deutschland ein neues Friedensangebot machen, ehe die Verbündeten erneut die Verbündeten Deutschlands offensiv machen können. Aber erst, wenn die deutsche Niederlage auf der ganzen Linie klar geworden ist, können wir jenes Schauspiel einer Demotivierung Deutschlands ohne Mühen betrachten. Solange die Deutschen nicht durch den Verband geschmettert sind, dürfen wir Deutschlands politischen Kommissar keine so große Bedeutung beilegen. Gibt es eine vernünftigerer Antwort auf die Kriegs- und Friedensresolution der Reichstagsmehrheit?

Gaza: eine englische Niederlage.

Ein nachträgliches Eingeständnis der englischen Niederlage bei Gaza enthält der Londoner „Observer“, der am 8. Juli schreibt: Nachdem Sir Edmund Allenby in Ägypten seine neue Stellung angetreten hat, ist amtliche Aufklärung über die Ursache von Sir Archibald Murray's Niederlage durch ihn nötig. Ein Murray Bericht wurde die Schlacht bei Gaza als ein Sieg geföhrt; man muß aber wissen, daß sie es nicht war. General Dobell griff Gaza an und es gelang ihm nicht durchzubrechen. Gerüchte, die sich auf Privatnachrichten stützen, besagen, daß bei hartnäckigeren Anstrengungen oder früherer Leistung Gaza in unsere Hände gefallen sein würde, und daß die Wasser- und Versorgungsleitungen hätten vorhergehenden werden müssen. Wir bedürfen einer amtlichen Aufklärung, damit das, was bis jetzt mit dem Scheitern des Geheimnisses umgeben ist, klargestellt wird. Von wem wurde der Rückzug bei Gaza angeordnet, und war er notwendig? In sich selbst war es das Eingeständnis einer Niederlage und diese Tatsache bemängeln zu wollen, daß wir siegreich waren, wo wir es nicht waren.

Herb über das Mäßigen der Selbstverpflichtung.

Berlin, 16. Juli. „Herb“ schreibt über die Ursachen des Mäßigen der Selbstverpflichtung in der „Vollz.“: Unter Hauptfehler scheint gewesen zu sein, daß wir den Feind gerade an der Stelle seiner Front angreifen haben, welche ihm die gewaltigste natürliche Verteidigung bot. Der Höhenrücken von Gromme bildete eine furchtbare Stellung; sie beherrschte von allen Punkten aus unsere Linien; die Deutschen konnten von ihr aus leicht unsere Vorbereitungen beobachten. Diese Stellung war umso gewaltiger, als die Deutschen, welche bekanntlich die ersten Geschützschützen der Welt sind, bemittelt elektrischer Beobachter Höhen von 25 bis 30 Meter Höhe angelegt hatten, in denen ihre Truppen Schuß vor unsern schwereren Kanonen hatten. Auch wurden dort ihre Beobachtungswärter bis zum Herannahen unserer Angriffswellen verborgen gehalten. Hierzu kamen noch andere ungünstige Momente. Bei reuigerem Wetter waren die Sichtverhältnisse jammervoll. Den Fliegern war es unmöglich, das präzise Einschleichen der Artillerie zu leisten. Außerdem fiel die Offensiv unglücklichweise mit einer Krise in unsern Flugzeugen zusammen. Am 1. Juli 1918 an der Sonne hatten wir die Lebzigkeit in der Luft, am 16. April 1917 föhnten die Deutschen sie besitzen zu haben. Ein weiterer unglücklicher Umstand bestand darin, daß die Deutschen sich infolge der russischen Revolution eingetretene Lähmung an der Front zu nutzen machen und einen Teil ihrer besten Divisionen an unsere Front bringen konnten.

Schwere französische Fliegerverluste.

„Gauas“ berichtet aus Paris: Nach einem Telegramm des „Journal“ ist der französische Flieger Octave Lapize im Verlaufe eines Luftkampfes, den vier französische Flugzeuge gegen neun deutsche Apparate zu bestehen hatten, gefallen. Der französische Militärflieger Zaubert ist auf dem Flugplatz von Beau zu Tode gestürzt, ferner der Militärflieger Marchand, als er mit einem Seeflugzeug eines Flug unternahm.

Hochspannung im Elysee.

Der „Führer Volk“ zufolge berichtet die „Aeneas“ aus Paris, daß die Spannung zwischen den Ministern und Poincaré im Wachen begriffen ist. Poincaré blieb den letzten Ministerien fern, obgleich er im Elysee stattfand. Diese Meinungsverschiedenheit ist nach dem Angriff auf Poincaré in den Geheimnissen über die Apriloffensive entstanden. Poincaré fühlte sich persönlich schwer verletzt, weil Kriegsminister Painlevé beschloß, den General Raoulle durch eine Untersuchungskommission abzurufen zu lassen. — Ferner berichtet „Newcastle des Sports“, daß man mit einem großen parlamentarischen Zwischenfall in der französischen Kammer rechnen müsse, den der Abgeordnete Renaudel dadurch herbeiföhren will, daß er die Forderung stellen wird, den Bericht des Abgeordneten Thompon über die Einträge auf Aenderung der Verfassung über die Tagesordnung zu legen.

„Die Höfen U-Boote!“

London, 17. Juli. (Kauter.) Marineattaché Sir Caslon und Admiral Jellicoe haben einen Dringenden Aufruf an den Verband der Eisen- und Stahlgewerkschaften gerichtet, in welchem sie darauf bringen, daß alles geföhrt, um Handelsschiffe und U-Boote gegen die Unerbittliche hinauszuwringen und so die sichere Niederlage des Reiches zu beschleunigen, der jetzt alles auf den Untergrund abzuwarten ist, um die einzige Hoffnung zu legen. — So steht es denn aber doch nicht! Unter Heidenheer und unsere Flieger sind auch noch da!